Nr. 186 — Jahrgang 19 | Einzelnummer 0,10 Zł. | Dienstag, den 14. November 1933

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0,15 Zł. Anzeigen unter Text 0,60 Zł., von ausserhalb 0,80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Abonnament: Monatlich 1,50 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Dworcowa 11

Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 1378

Das Ergebnis der deutschen „Wahlen“

Ruhiger Wahlverlauf. Beteiligung bis zu 95 Proz. Neuer Reichstag mit 660 Abgeordneten

Die Volksabstimung über die Politik der Reichsregierung, sowie die Wahlen zum deutschen Reichstag, sind unter reger Beteiligung, die durchschnittlich bis 95 Prozent der Wahlberechtigten erreichte, durchaus ruhig verlaufen. Der Andrang war teilweise so gross, dass die Wahllokale vorübergehend geschlossen werden mussten. Die, von den Führern der nationalsozialistischen Partei gegen die Wähler erlassenen, Drohungen haben ihre Wirkung nicht verfehlt, in den Nachmittagsstunden setzte überall der Schlepperdienst ein, sodass sich niemand vor der Wahlteilnahme drücken konnte, zudem kündigten jedem riesengrosse Plakate an, dass, wer der Wahl fernbleibt, ein Landesverräter ist. Die Ergebnisse überraschen nicht, denn die Zahlen besagen nichts und geben unter dem heutigen Regime in Deutschland nicht die Stimmung des Volkes wieder.

Bei einer Gesamtzahl von 45,1 Millionen Stimmberechtigter, haben an der

Volksabstimmung 43,4 Millionen teilgenommen, davon waren 750.000 Stimmen ungültig, während 42,7 Millionen mit ja oder 95,1 Proz. gestimmt haben, während 2,1 Millionen oder 4,9 Prozent mit nein gestimmt haben.

Auf den Wahlvorschlag zum Reichstag wurden insgesamt 43 Millionen Stimmen abgegeben, wobei die Nationalsozialisten 39.6 Millionen Stimmen erhielten, während etwa 3,3 Millionen Stimmen ungültig waren, also sich gegen Hitler und seinen Kurs aussprachen, und rechnet man die 2,1 Millionen zu, die nicht abgestimmt haben, so haben sich etwa 5 Milionen mit der NSDAP nicht einverstanden erklärt.

Im Augenblick sind die Resultate überraschend, aber niemand hat erwartet, dass der Wahlausgang anders ausfallen wird. Wenn man nicht restlos die 100 Prozent zum Ausdruck bringt, so nur, um dem ganzen Wahlschwindel noch den Schein einer geheimen Wahl zu geben, denn das Urteil des Auslandes über die Wahlen war bereits vor ihrer Bekanntgabe fertig. Das liegt zunächst an der Propaganda des Nationalsozialismus selbst, da der Führer in seinem Werk „Mein Kampf“ ganz andere Ziele stellt, als er jetzt in seinen Wahlreden zum Ausdruck brachte. An den Friedenswillen Deutschlands glaubt die Welt ohnehin nicht, und wenn die Wahl irgend ein Ergebnis zeitigen kann, dann nur, indem Hitler von allen seinen früheren Versprechungen an die Wähler abrückt. An der Isolierung Deutschlands ändert das nichts.

Vajda Wojwod zurückgetreten

Der, vom König Carol dem rumänischen Kabinett nahegelegte Rücktritt ist am Sonntag erfolgt. Die Demission Vajda Wojwods ist vom König angenommen worden, weil es ihr nicht gelang, die Finanzen des Staates in Ordnung zu bringen. Die neue Regierung soll ein Konzentrationskabinett sein, welches auch die Liberalen unterstützen werden, und voraussichtlich wird es der bisherige Aussenminister Titulescu führen. Ueber die Regierungsbildung sind Verhandlungen bereits aufgenommen worden.

Verständigung oder Sanktionen?

Die Hoffnung auf Deutschland. Eine Mahnung Macdonalds. Die Arbeiten in Genf.

Im Ausland gewinnt die Ueberzeugung immer mehr an Boden, dass das Hitlersystem zu einem neuen Weltbrand führt. Man möchte dieser Tatsache gern aus dem Wege gehen und versucht, durch entgegenkommende Reden die deutschen Wünsche in irgend einer Weise zu befriedigen. Die Entscheidung liegt bei Frankreich, dessen Aussenminister in der politischen Debatte in der Kammer mit allem Nachdruck erklärt, dass die Politik Frankreichs den Frieden wolle, aber unter keinen Umständen die Aufrüstung Deutschlands zulassen werde. Sollte Deutschland dennoch seine Rüstungspolitik fortsetzen, so würde man nicht davor zurückscheuen, die aus dem Versailler Vertrage möglichen Sanktionen durchzuführen. In dieser Hinsicht bestehe zwischen Frankreich und England keine gegenteilige Auffassung.

In seiner letzten aussenpoliptischen Kundgebung betont der englische Ministerpräsident Macdonald, dass man von Deutschland erwarte, jetzt seinen guten Willen zu zeigen und von jeder Abrüstung abzusehen. Nur dann sei es möglich, dass die drei leeren Plätze in Genf nicht eine neue Katastrophe über Europa herbeiführen. England habe für die deutschen Wünsche immer grosses Verständnis gezeigt, aber es gehe nicht an, dass Hitler der Welt ein Ultimatum stellt, wie es jetzt durch die Wahlen geschehen ist. Es liegt an Deutschland selbst, ob es die Verständigung oder Gegenmassnahmen der Mächte wünscht.

In Italien ist man der Meinung, dass die Verhältnisse in Deutschland noch einer Klärung bedürfen. Es kann keine Rede davon sein, dass Italien jetzt schon im Interesse Deutschlands zur Vermittlung greife, erst müssen in Genf selbst fühlbare Fortschritte zu verzeichnen sein. Inzwischen werden in Genf alle Vorbereitungen getroffen, um eine Abrüstungkonvention, auch unter Ausschluss von Deutschland, zustande zu bringen. Wie es heisst, soll der Plan Macdonalds nochmals einer Revision unterzogen werden, wobei die deutschen Wünsche nach Gleichberechtigung mehr Berücksichtigung finden sollen. Im übrigen will man die deutschen Reichstagswahlen abwarten, um dann von Berlin zu wissen, wie es das Ergebnis interpretieren wird. Auf keinen Fall darf ein Nachgeben, gegenüber Deutschland, hinsichtlich des Versailler Vertrages, erwartet werden.

New-York nimmt Rache an „Tammany-Hall“

Bei den Bürgermeisterwahlen in New York hat der Kandidat der Republikaner, La Guardia, der sich früher als Sozialist bezeichnete und auch heute den Arbeiterfreund mimt, den Kandidaten Roosevelts. Mac-Kee u. den Kandidaten der „Tammany-Hall“, OBrien, mit 543 218 Stimmen geschlagen. Die reaktionären Republikaner New-Yorks haben einmal einen Linkskurs eingeschlagen, um an den Korruptionisten der demokratischen Tammany-Hall Rache zu üben, die bisher über alle Posten in der Stadtverwaltung verfügte. La Guardia, der einer italienischen Emigrantenfamilie entstammt, war immer auf dem linken Flügel der Republikaner und hat auch jetzt einen sehr arbeiterfreundlichen Kurs eingeschlagen. Man kann die Wahl auch als einen Schlag gegen Roosevelt bezeichnen, wenn auch La Guardia die Kontrollpässe des Präsidenten über Industrie und Banken billigt. Trotz alledem wieder ein Linkssieg.

Ende der Revolution in Kuba?

Zur Abwechslung haben wieder einmal die Aufständischen die Stadt Havanna gestürmt, wobei es zu heftigen Kämpfen zwischen den Regierungstruppen und den Insurgenten kam. Schliesslich verschanzten sich die Aufständischen in einem Fort und wurden zur Uebergabe gezwungen. Bei dem Revolutionskrieg sind etwa 500 Tote und 350 Verletzte zu verzeichnen. Die Aufständischen forderten den Rücktritt des Staatspräsidenten und völlige Unabhängigkeit vom amerikanischen Kapital. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

Nach den Erpresserwahlen

Ist in einem „totalregierten“ Staat jede Wahl an sich ein Unfug, so wird sie noch lächerlicher, wenn man dem Volk vorschreibt, wie es abzustimmen hat und denen die schwersten Repressalien androht, die es etwa wagen sollten, der Wahl fern zu bleiben. Es ist geradezu ein Wunder, dass man nicht im Voraus die Ja- und Neinstimmen angibt und die Wahlbeteiligung als hundertprozentig bezeichnet. Und doch weist diese Totalität bereits bei der Listenaufstellung einige Schönheitsfehler auf, indem man auf die Liste auch Nichtnazis. wie den verärgerten Hugenberg, aufnahm und andere Kapazitäten, die nicht etwa die Reichsleitung der Nationalsozialisten aufstellte, sondern die unter dem Druck des Hindenburgkreises zustande gekommen ist. Nun haben die Nazis ihre Millionen Stimmen und damit die „Zustimmung“ des Volkes zu ihrer Politik der Katastrophe. Wieviel Neinstimmen wirklich abgegeben wurden und welche schöne Bezeichnung man sonst zur Ungültigmachung in die Wahlurnen gesteckt hat, darüber wird die Welt nie die Wahrheit erfahren, denn nur eines ist bisher sicher, dass der Erfolg eine Erpressung und Fälschung ist, nur langsam werden von hier und da die „Geheimnisse“ durchsickern, wie dieser „Erfolg“ zustande gekommen ist. Wir verzichten auf die Aufstellung aller der Aussprüche der Führer, die sehr eindeutig den Wählern begreiflich machten, dass, wer nicht abstimmt, ein Verräter ist. Der Führer und seine Gefolgschaft haben mit „Gesindel“, „Lumpen“ und „Gaunern“ nicht gespart und damit nur den besten Beweis erbracht. in welche Kathegorie von Menschen in der nationalsozialistischen Gesellschaft sie selbst zugezählt werden wollen.

Nicht in der Wahl selbst liegt die Bedeutung des Volksbetrugs, sondern in der Angst, die ihn herbeigeführt hat. Alle schönen Reden und Verheissungen können an der Tatsache nichts ändern, dass es im nationalsozialistischen Lager gärt und dass die Stimmung der braunen Massen sehr bedenklich revoltiert, dass die Konzentrationslager immer mehr braune Gäste aufnehmen müssen, dass nur der militärische Drill die Jugend zusammenhält und der nationalsozialistische und militärische Geist der Massen eine offene Revolte gegen Hitler verhindert. Man hat die Länderparlamente ausgeschieden, um es ja nur nicht zu irgendwelcher Kritik kommen zu lassen oder einer Bewegung die Bahn offen zu halten, die eine Abkehr von Berlin und dem Führer wünscht. Man wird nach dem Zusammentritt des Reichstags den „Totalstaat“ durch die Reichseinheit bestätigen lassen und wenn alles nicht täuscht, auch mit den Nichtnaziministern und Hindenburg Schluss machen. Dieser Wahl werden weitgreifende Ueberraschungen folgen, man braucht dazu eine Art Legitimation fürs Innere und ein Schreckensgespenst fürs Ausland, dem bewiesen werden soll, dass das Volk zu jedem Losschlagen, unter Leitung des „Führers“, bereit ist. Mit der Stimmerpressung bei den Wahlen, soll die Erpressung am Ausland um die Gleichberechtigung versucht werden. Wir zweifeln, ob die nationalsozialistischen Mätzchen von irgend einem Erfolg begleitet sein werden.

Deutschland ist vollkommen isoliert, jeder aussenpolitische Zug endet mit einer Blamage, wie alle innerpolitischen Massnahmen, grosszügig angekündigt, doch nicht verhindern können, dass es mit Deutschlands Wirtschaft immer mehr abwärts geht. Das deutsche Volk ist einer harten Probe ausgesetzt, es wird noch Jahre vielleicht in dieser Nazihölle zu leiden haben und auf Befehl marschieren, demonstrieren und „Heil“ schreien, weil es einigen Narren beliebt, dies als den Rettungsweg aus deutscher Not zu bezeichnen. Gewiss, ist die Position

durch diese Wahl eine Art Zustimmung zu der Politik Hitlers, nur darf man nicht fragen, wie sie zustande kam. Die wenigen Auslandsstimmen, die heute bereits zu den deutschen Ereignissen vorliegen, beweisen, dass man mit der Wahlstimmung überhaupt nicht rechnet, weil eben kein Gegner zu Worte zugelassen wurde, sondern alles nur unter dem schärfsten Druck erpresst worden ist.

Schon bettelt Hitler bei Mussolini um Verständigung, und namhafte Finanzkreise in London sind am Werk, um England, gegenüber der Hitlerei, günstiger zu stimmen, Macdonald macht sogar freundliche Gesten und versucht, in Paris einen kleinen Druck auszuüben, um nicht das deutsche Angebot, wenn es nach den Wahlen erfolgt, zu einer französisch-deutschen Verständigung, abzulehnen. Denn, sagen wir es wieder ganz offen, es gibt nur eine Möglichkeit, sich mit Hitler zu verständigen oder mit dem Krieg als einer gegebenen Tatsache zu rechnen. Hierbei braucht man sich nicht auf einen bestimmten Zeitpunkt festzulegen, aber die Gefahr hängt drohend über Europa. Was machen sich schon die bürgerlichen Staatsmänner daraus, wenn das deutsche Volk unsäglicher Gewalt und dem Terror preisgegeben ist, sie machen ihr politisches Geschäft und fragen den Teufel darnach, wie es dabei um das deutsche Volk bestellt ist. Einstweilen glaubt man, über den Krieg hinweg zu sein, und dann findet man sich auch mit einem Hitler ab. Denn drohend hinter all den politischen Ereignissen erhebt sich die Arbeiterklasse, und diese muss überwunden werden.

Sozialistischer Vormarsch!

Das älteste Parlament wählt einen roten Präsidenten. — Kentucky wählt einen Sozialisten zum Bürgermeister

Der sozialistische Vormarsch in den nord'schen Ländern hat jetzt auch in Island einen Linksruck herbeigeführt. Das Althing, das mehr als tausend Jahre alt ist und damit als das älteste Parlament der Welt bezeichnet werden kann, hat den sozialdemokratischen Führer Baldvinsson, zu seinem Präsidenten gewählt. Die Wahl wurde nur mit Hilfe der Bauernpartei möglich, die im Parlament über 17 Mandate verfügt, während die Sozialdemokratie nur über 5 Sitze disponiert. Es scheint, dass zwischen den Bauern und den Sozialisten bereits vorher eine Vereinbarung getroffen wurde, um von den Konservativen Neuwahlen zu erzwingen, die mit 20 Mandaten das Parlament beherrschen. Wahrscheinlich soll nach den Neuwahlen, die sonst erst im Juni 1934 fällig wären, eine Regierung der Arbeiter und Bauern gebildet werden. Die Arbeitsgemeinschaft der Bauern und Arbeiter in den übrigen Ländern und deren Arbeitsbeschaffungspläne, haben jedenfalls die Notwendigkeit auch in Island erwiesen, diesen Weg des Wiederaufbaus zu beschreiten.

Island will nicht konservativ regiert werden, nachdem Schweden und Dänemark eine sozialistische Regierung besitzen und Norwegen im Januar nach dem sozialistischen Erfolg folgen wird, da die Regierung Mowinkel die letzte Chance ausnutzt und nicht zurücktreten will, obgleich sie in der Wahlschlacht geschlagen wurde.

Und noch ein sozialistischer Bürgermeister

Aus New-York wird berichtet: In Bridgeport im Staate Kentucky wurde der sozialistische Kandidat Mac Levy mit 6000 Stimmen Mehrheit zum Bürgermeister gewählt. Zum erstenmal ist im Staate Kentucky ein Sozialist Bürgermeister geworden.

Und die deutschen nationalsozialistischen Narren schreien sich die Kehlen wund, um der Welt zu beweisen, dass der Marxismus endgültig tot ist.

Misstrauensantrag gegen die englische Regierung

Der Exekutivausschuss der Arbeiterpartei beschloss, einen Misstrauensantrag gegen die Regierung wegen ihrer Politik in der Abrüstungsangelegenheit vorzulegen. Ueber den Antrag wird am Montag abgestimmt werden. Zum Führer der Arbeiterpartei im Unterhaus wurde wieder Landsbury einstimmig gewählt.

Es bedarf kaum eines Zweifels, dass dieser Antrag vom Unterhaus abgelehnt wird, da die Arbeiterpartei nur 52 Sitze hat. Aber bei dieser Gelegenheit wird seitens der Arbeiterpartei der Versuch unternommen, der Regierung mit aller Deutlichkeit zu sagen, dass sie nicht mehr die Mehrheit im Lande besitze und abtreten solle, ferner Neuwahlen auszuschreiben, die die Stimmung im Volk kennzeichnen würden. Bekanntlich haben in den letzten Tagen führende Männer der „nationalen Regierung" davor gewarnt, es zu Neuwahlen kommen zu lassen, denn es müsse verhindert werden, dass wieder eine Arbeiterregierung ans Ruder kommt.

Deutschland will nach Genf zurück

Görings Bittgang zu Mussolini

Der römische Korrespondent des „Petit Parisien" meldet seinem Blatte zu dem Aufenthalte Görings bei Mussolini: Der Besuch Görings in Rom sei auf ausdrücklichen Wunsch Hitlers bei Mussolini erfolgt. Es wird in den Unterredungen der beiden Staatsmänner angedeutet, dass Deutschland einen Weg suche, um wieder in die Verhandlungen der Weltpolitik mit den Mächten eingeschaltet zu werden. Der Brief Hitlers an Mussolini, den Göring überbracht hat, enthält die Bitte, um Italiens Vermittlung, zur Rückkehr in die internationale Zusammenarbeit. Also erst grosses Geschrei und dann ein neuer Kniefall, um die selbstverschuldete Katastrophe zu vermeiden.

Wahlschiebung in Spanien

Das Bestreben, die sozialistische Partei aus der künftigen Mitverantwortung für die Republik auszuschalten, scheint bei der Regierung oberste Aufgabe zu sein. Wir haben bereits von der „aufgedeckten" Verschwörung berichtet, die von Rechtskreisen beabsichtigt war und bis in die anarchistischen Organisationen hinreichen sollte, an der auch Militärs beteiligt sein sollten. Nun will man der Verschwörung einen revolutionären Charakter geben und beschuldigt die sozialistische Partei, dass sie am Komplott mitbeteiligt war, indem für den 18. November ein Generalstreik geplant werden sollte, der die Wahl unterbinden sollt . Der frühere sozialistische Minister Largo Caballero sollte der Führer der revolutionären Bewegung sein. Die unabhängigen republikanischen Blätter, bis w it in die Kreise der Klerikalen, sind der M inung, dass die Regierung mit der Aufdeckung der Verschwörung eine Wahlschiebung bewerkstelligen wolle, um den Einfluss der Sozialisten zu misskreditieren.

Dollfuss massakriert die Republik

Alle Veranstaltungen der Sozialdemokratie verboten

In Oesterreich ist jede freiheitliche Regung der Republikaner verboten, obgleich die Regierung dem Ausland gegenüber den Eindruck zu erwecken versucht, als wenn ihr ganzer Kampf auf die Niederringung des nationalsozialistischen Faschismus gerichtet wäre. Im Interesse der Ruhe hat die Sozialdemokratie auf den Jahrestag der Republik verzichtet, wollte aber in ganz Oesterreich die Todesfeier Viktor Adlers und die Zehnjahrfeier des Bürgermeisters Seits begehen. Auch diese Veranstaltungen wurden verboten und zu allem Ueberfluss auch sogar ein Länderwettspiel der Fussballer des Arbeitersportbundes. Man kann die Angst der Dollfüssler begreifen, denn die Vaterländische Front schmilzt zusammen und wo sie von Polizei und Militär nicht geschützt ist, wird sie von den Arbeitern gesprengt. Dollfuss und seine Tollfüssler wissen nur zu genau, dass sich jede Kundgebung der Sozialdemokratie zu einem Protest gegen das faschistische System gestalten würde und dass an diesem Tage hunderttausende der Sozialdemokratie zuströmen würden. Um nun sich und die Vaterländische Front nicht zu blamieren, wird jede freiheitliche Regung der Massen verboten. Aber auch hier wird der Tag der Abrechnung kommen.

Die Regierung Dollfuss ist am Ende ihres Lateins. Sie will die Todesstrafe für Mord, Brandstiftung und öffentliche Gewalttätigkeiten wieder einführen, die bekanntlich in Oesterreich seit der Republik abgeschafft ist. Das Standrecht soll dazu beitragen, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Politische Kreise wollen wissen, dass alle Vorbereitungen in dieser Hinsicht getroffen sind, um das Standrecht bald in Wirksamkeit treten zu lassen.

Massenurteil gegen Sozialisten

Mehrere hundert Jahre Zuchthaus. Gerichtsurteile unter dem Druck der SA. Die Hitler-Tscheka am Werk

Während man dem Reichstagsbrandprozess noch die Form des legalen Rechts verleihen will, spielen sich im übrigen Deutschland Dinge ab, die nur von Fall zu Fall der Oeffentlichkeit bekannt werden. So wurden Anfang voriger Woche in Dresden 91 Angehörige der SPD und SAP mit Gefängnis- und Zuchthausstrafen bedacht, die auf einige hundert Jahre geschätzt werden. Niemand durfte von den Angeklagten seine Verteidigung über kurze Fragebeantwortungen des Vorsitzenden führen, die Angehörigen der Angeklagten wurden zu den Verhandlungen nicht zugelassen, man transportierte die Gefangenen durch die Strassen mit der SA und SS, und schon vorher wurden die schärfsten Repressalien angekündigt, wenn es jemand wagen sollte, irgendwelche Zwischenrufe zu machen. Die Gefangenen, die seinerzeit beim Sturm auf das Dresdner Volkshaus festgenommen wurden, sind in bestialischer Weise geschlagen und misshandelt worden, u. darum hat auch der Prozess solange auf sich warten lassen. Ueber die Strafen selbst wurde Schweigepflicht auferlegt. Hin und wieder versuchte einer oder der andere der Angeklagten, zu seiner Rechtfertigung auf die Misshandlungen hinzuweisen, was sofort von dem Vorsitzenden des Tschekagerichtshofs unterbunden wurde.

Ein weiteres Beispiel, wie die Hitler - Tscheka wütet, ist, dass die Geheime Staatspolizei in Altona einfach 10 frühere Mitglieder der SPD verhaftet hat, nachdem es ihr nicht gelungen ist, die Urheber von Flugblättern festzustellen, die sich gegen die Regierung wenden und bei der Wahl die Ungültigmachung der Stimmzettel fordern. Ohne den Schatten irgend eines Beweises, werden auch in anderen Städten wahllos Verhaftungen vorgenommen, nur, weil die betreffenden Personen früher Mitglieder der, inzwischen von Hitler aufgelösten, Parteien waren.

Dem Ausland aber will man einreden, dass das ganze Volk hinter Hitler steht. Die Massenurteile gegen Marxisten beweisen, dass das Volk nichts anderes wünscht, als dass Hitler und seine Braunhemden möglichst rasch verschwinden.

DIE ZWANGSJACKE

JACK LONDON

18

Nach kurzem Schweigen begann ich wieder: „Er sieht jetzt nicht so aus... man hat ihn wohl verändert."

Der Missionar reichte meiner Mutter eine andere Photographie, die er herausgesucht hatte.

„Dort war ich selbst vor einem halben Jahr, Frau Standing". Er zeigte darauf. „Das ist das JaffaTor, und dort rechts im Hintergrund liegt der Turm Davids. Die Autoritäten sind ihrer Sache sicher. El Kul'ah, wie er genannt wird..."

Hier unterbrach ich ihn und wies auf einige Mauerreste links.

„Ja, ungefähr dort", sagte ich. „Den Namen, den Sie eben nannten, gebrauchten die Juden. Aber wir nannten ihn etwas anders. Ich weiss nicht mehr, wie wir ihn nannten."

„Hört nur", lachte mein Vater, „man sollte glauben, er wäre dort gewesen."

Ich nickte, denn in diesem Augenblick wusste ich, dass ich dort gewesen war, obwohl alles so anders aussah. Mein Vater lachte laut, aber der Missionar glaubte, dass ich mich über ihn lustig machte. Er reichte mir ein anderes Bild. Es war eine öde Landschaft, ohne Bäume und Pflanzenwuchs, eine kahle Schlucht mit schwach geneigten steilen Wänden. In der Mitte sah man einen Haufen elender Hütten mit flachen Dächern.

„Nun — was stellt das vor, mein Junge?" fragte der Missionar, um sich zu necken.

„Samaria", sagte ich sofort.

Mein Vater klatschte in die Hände, meine Mutter war verblüfft, während der Missionar eher irritiert zu sein schien.

„Er hat recht", sagte er. „Es ist ein Dorf in Samaria. Ich bin selbst dort gewesen; deshalb kaufte ich das Bild. Und das beweist, dass der Junge ähnliche Bilder früher schon gesehen haben muss. Das leugneten meine Eltern beide.

„Aber etwas an dem Bild ist anders", bemerkte ich. Die ganze Zeit hatte ich mein Gehirn damit beschäftigt, die Photographie zu rekonstruiren. Die allgemeinen Linien der Landschaft waren dieselben. Auf die Abweichungen wies ich hin.

„Es waren viel mehr Bäume und Gras und viele Ziegen. Ich kann sie jetzt sehen — da sind zwei Knaben, die mit ihnen gehen. Und dort ist eine Schar Männer, die hinter einem einzelnen Manne hergehen. Und dort" —— ich zeigte auf die Stelle, wo meiner Meinung nach das Dorf stand —, „dort sind einige Landstreicher — nur in Lumpen gekleidet. Und sie sind krank — oh — ihre Gesichter, ihre Beine und Hände bilden eine einzige Wunde."

„Er hat die Geschichte in der Kirche oder anderswo gehört. Sie erinnern sich wohl der Heilung der Aussätzigen in Luke", sagte der Missionar mit einem zufriedenen Lächeln.

„Wieviel Landstreicher sind da, mein Junge?"

Ich hatte, als ich fünf Jahre alt war, gelernt bis hundert zu zählen. Ich sah die Gruppe genauer an und antwortete dann:

„Es sind zehn. Sie schwenken die Arme und rufen den andern Männern etwas zu."

„Aber sie kommen nicht zu ihnen?" fragte er.

„Nein, sie stehen nur da und rufen, als wären sie in Not."

„Weiter!" sagte der Missionar. „Was dann? Was tut der Mann, der vor den andern geht?"

„Er spricht zu den Kranken. Und die Knaben mit den Ziegen stehen auch still. Sie sehen alle den Mann an."

„Und dann?"

„Weiter ist nichts mehr. Die Kranken kehren in ihre Häuser zurück. Sie rufen nicht mehr, und sie sehen nicht mehr krank aus. Und ich sitze auf meinem Pferd und sehe zu."

Darüber mussten meine drei Zuhörer alle lachen.

„Aber ich bin ein grosser Mann", rief ich zornig, „und ich habe einen grossen Säbel."

„Es sind die zehn Aussätzigen, die Jesus heilte, ehe er durch Jericho nach Jerusalem zog", erklärte der Missionar meinen Eltern. „Der Junge hatt offenbar Reproduktionen berühmter Bilder in irgendeiner Laterna magica gesehen."

(Fortsetzung folgt.)

„Der deutsche Auslandsmensch“

Unsere „nationalen Erneuerer“ sind bekanntlich auf den Kriegspfad geraten und sagen einander, wie das bei erquälter Freundschaft üblich ist, allerhand Nettigkeiten, die ja bekanntlich die Liebe nur erfrischen soll. Liest man indessen die Polemik der „urdeutschen“ Blätter. so kann man nur die Feststellung machen, dass ihre Ziele ungefähr, wie ein faules Ei dem anderen, gleichen, nur versucht mans, mit besonderem Pathos vorzutragen. Die Jungdeutschen sind im Harnisch, weil ihnen ihre Patente von der „Volksgemeinschaft“ von den Altdeutschen angeblich zu Agitationszwecken gestohlen worden sind, und nun entdecken die Altdeutschen, dass die Wiesner und Konsorten gar kein eigenes Volkstum haben, sondern dies als ein Surrogat der Ereignisse jenseits der Grenze propagieren. Da kann der einzige Führer „Wiesner“ nicht schweigen, sondern giesst einen ganzen Eimer Verlogenheiten auf seinen Freund Rosumek nieder und bemerkt dabei höflich, dass es in seiner Volksgemeinschaft gewiss Unterschiede gibt, die Papa Rosumek allerdings nicht begreift, weil er schon zu sehr im Sumpf der Korruption steckt. Aber prüft man die Kampfesweise nach, so bleibt nur offenes Geheimnis, dass es dem grossen Führer um nichts anderes geht, als um die Futterkrippen, die die anderen seit 11 Jahren inne haben und nichts tun, wie faulenzen.

Und nun erfahren wir so aus der Wut des „Führers“, dass sich seine Volksgemeinschaft sehr wesentlich von der Rosumeks unterscheidet, denn man will den Typ eines volksdeutschen Auslandsmenschen schaffen. Die „Urdeutschen“ geben also zu, dass es solche Narren, wie sie die Wiesner u. Konsorten im Zeichen der Jungdeutschen für ihre Politik brauchen, noch in Oberschlesien nicht gibt und da muss man sich erst welche „schaffen“. Wie schade, dass sie der Bauingenieur Wiesner nicht aus Lehm kneten kann und ihnen nur noch die „jungdeutsche Seele“ einhaucht und siehe das, der „Volksdeutsche Auslandsmensch“ ist da. Warum dann erst lange kämpfen und wie alte Weiber geifern, man baut sich einfach solche Narren, die man dann führen kann. Aber der Führer ist durch und durch ein Ehrenmann und liesst seinen Freunden die Leviten recht gründlich, zur Freude der polnichen Presse, die damit ihre nationale Tageskost bestreitet. Er diktiert auch den Altdeutschen ins Stammbuch, dass sie Verführer der Jugend sind und sie dem Staate abwenden, also die Behörde vollkommen im Rechte ist, wenn sie die verführte Volksbundjugend aufgelöst hat. Ja, der Führer versteht das Verleumden ganz gut, nach dem Muster des „Ahnen Adolf Hitler“, der dieses Handwerk vierzehn Jahre lang trieb, bis er sich, auf Kosten der Korruptionen der Junker aus der Osthilfe, den Reichskanzler erschoben hat.

Nun wissen wirs in aller Ehrlichkeit, auch der Führer Wiesner will sich, nach berühmtem Muster der angeblichen Korruptionen bei den Altdeutschen und dem Volksbund, so ein Pöstchen erschieben, natürlich nur, um den deutschen Auslandsmenschen zu schaffen. So sucht ein Narr viele Narren zu betrügen, aber alles das geschieht im Zeichen der Volksgemeinschaft. Ein schönes Exemplar, dieser deutsche Auslandsmensch, wenn er nach dem Muster Wiesners als Ebenbild geschaffen wird. Wotan möge ihn dann auch mit einer entsprechenden Schnauze begnaden, dann ist dem Auslandsdeutschtum fürwahr geholfen!

98 Monate Gefängnis für den Hindenburg-Marsch

Der Marsch der Arbeitslosen von Neudorf und Schwarzwald nach Hindenburg, wo sie glaubten, mit besonderen Ehren empfangen zu werden, hat jetzt ein trauriges Nachspiel vor dem Burggericht in Ruda. 49 Angeklagte wurden wegen Teilnahme an diesem Marsch und der antipolnischen Demonstration in Hindenburg, zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Weitere 16 Angeklagte erhielten je 3 Wochen Gefängnis. Die eigentlichen Urheber der Demonstration kamen nicht mehr nach Polen zurück, sodass sie vom Gericht nicht gefasst werden konnten. Die irregeführten Arbeitslosen glaubten, dass man sie im Hitlerreich nicht nur glänzend empfangen, sondern für ihre Demonstration auch noch Arbeit verschaffen wird. Abgesehen davon, dass sie dann die Schupo einfach über die Grenze gesie nach dieser Demonstration, manche unangenehme Erfahrung machen mussten, hat sie dann die Schupo einfach über die Grenze geschoben, bezw. der polnischen Polizei an der Grenze ausgeliefert. Ja, das Dritte Reich braucht Reklame und überlässt dann die Opfer ihrem Schicksal, nun haben sie in den Gefängnisstrafen ein Andenken an den „Retter Hitler“!

Bereits 38 Monate Gefängnis für Heinz Weber

Wegen Verächtlichmachung des Staatspräsidenten, anlässlich seiner Wiederwahl, hatte sich am Freitag der verantwortliche Redakteur der „Kattowitzer Zeitung“ zu verantworten. Im Verlauf der Verhandlungen hielt das Gericht eine strafbare Handlung für erwiesen und verurteilte Weber zu weiteren 8 Monaten Gefängnis, sodass er jetzt insgesamt 38 Monate Gefängnis abzusitzen hat. Wie es heisst, stehen Weber noch weitere 36 Prozesse bevor. Gegen einen Teil der bisher verkündigten Urteile ist Berufung eingelegt, doch befindet sich Weber bekanntlich schon seit Wochen in Haft, da Fluchtverdacht vom Gericht angenommen wird.

Wir klagen an

Machtvolle Kundgebung der Königshütter D. S. A. P. — Gegen Faschismus und Kriegstreiberei — Die „Rote Rotte“ — Im Sinnbild des geistigen Kampfes — Proletarische Jugend — der Fels der Zukunft

Auch die Königshütter klassenbewussten Arbeiter folgten dem Ruf der Arbeiterinternationale und veranstalteten gestern im Saal des Volkshauses eine antifaschistische Kundgebung. Der Raum konnte die Massen kaum aufnehmen, und viele mussten umkehren weil sie keine Plätze mehr bekamen. Geschickte Hände hatten den Saal mit unseren Symbolen ausgestattet, überall leuchtendes Rot, darauf die drei Pfeile, das Abzeichen der kämpfenden Arbeiter, ferner ein Riesenplakat „Kampf dem Faschismus“ und unser Weckruf „Freiheit“. Das Programm wurde ausschliesslich von der Jugend bestritten. Die „Rote Rotte“ fängt bereits an, an Bedeutung zu gewinnen, ihre Fähigkeiten sind zwar auf die Masse eingestellt, aber sie hat so famose Einzelsprecher, dass man nicht umhin kann, dies anerkennend hervorzuheben. Jedenfalls beweist die Königshütter Arbeiterjugend immer von neuem, dass sie ernsthaft bestrebt ist, wahre Arbeiterkultur zu vermitteln. Besonders schwierig aber ist diese Aufgabe, wenn solche Themen erfasst sein wollen, wie das gestrige, wo es also darauf ankommt, tief schürfend zu sein, aber wiederum verständlich zu wirken, damit das Gebotene auch die Hirne und Herzen der Hörer erobert und uns neue Freunde, neue Kämpfer zuführt. Dies ist bestimmt gestern gelungen, denn die Vorführungen waren so erschütternd in ihrer grausamen Wahrheit, so aufreizend in ihrem Ziel, dass jeder davon gepackt sein musste und dass die Wirkung für uns nicht ausbleiben kann.

Zuerst sang der Volkschor „Vorwärts“ „Empor zum Licht“ und „Weltenfriede“, die lebhaften Beifall fanden. Dann wickelte sich in längerer Zeitdauer die Revue ab „Wir klagen an“, eine bunte Folge von Zeitereignissen, geschickt zusammengestellt, wirkungsvoll durch ihre Schlichtheit, aber auch durch die packende Materie und die verinnerlichte Darbietung. Wie des Arbeiters Welt in Wirklichkeit ist, so greift jede einzelne Nummer des Ganzen grell und markant in die Geschehnisse hinein und zeigt auf: Hier steht der Feind, hier muss angegriffen werden, w i e muss dies geschehen? Das Lied vom Hass, ein vielsagender Auftakt, dann die Arbeitslosenszene, lebensvoll, furchtbar in ihrer erschreckenden Realität. Fein angereiht „Das Lied vom täglichen Brot“ und die Presseberichte, die in ihrer Nüchternheit jeden Komentar überflüssig machen. Im gesteigerten Rhythmus greift dann die Szene in die Wirtschaft über: Krise, Kapitalismus, Geld, Profit, sie sie regieren die Stunde. Der Erfolg ist das Dritte Reich, aus dem wir tief ins Gemüt gehende Momente erleben, kurz, packend, aber verständnisvoll genug, um Lehrmeister für die Schwachen zu sein. Bis die Szene zum Tribunal wird, und wir erleben, wie Proleten angeklagt werden, wie sie aber, weil sie erprobte Klassenkämpfer sind, Helden bleiben und dadurch dem Proletariat das Recht zur Macht in die Hand geben. Unerbittlich richtet nun das Volk seine Peiniger, nicht mit Tot und Misshandlung, aber mit der Verhängung seines eigenen Schicksals. Bis dann die Einheitsfront des Proletariats Friede und Glück unter die Völker streut. Der brausende Sang der „Internationale“ und begeisterte Freiheitsrufe beschlossen das symbolische Spiel.

Die Jugendlichen und sonstigen Mitwirkenden gaben in allen Fällen ihr Bestes und wussten das Ganze zu einem packenden Erlebnis zu gestalten. Genosse Siegert als Zwischensprecher füllte sein Amt geschickt und mit der notwendigen Beweglichkeit aus. Die Szenerie war mit knappen Mitteln der jeweiligen Situation angepasst.

Genosse K o w o l l wies mit markigen Worten auf die Bedeutung des Tages hin und forderte zu unermüdlichem Kampf gegen Kriegshetze und Faschismus auf, wozu aber die Zusammenfassung aller Arbeiter notwendig ist.

So möge denn dieser eindrucksvolle Abend dazu beitragen, dass der Glaube an unsere Idee fester in uns allen verankert wird, dass wir die Kraft besitzen, unsere Sache bis zum siegreichen Ende durchzuführen, bis zur Freiheit der Arbeiterklasse, zum Sozialismus!

Zehnjahresplan zur Gesundung der Wirtschaft

Durchgreifende Reformen im Wirtschaftsleben. Neuordnung und Kontrolle. Eingriffe ins Arbeiterrecht

Bis vor einigen Monaten war das Wort „Jahresplan“ sehr in Verruf, weil es durch den Fünfjahresplan der Sowjets einen bolschewistischen Beigeschmack hatte. Nunmehr wetteifern die Staaten und kündigen „Jahrespläne“ zur Neuordnung der Wirtschaft von längerer oder kürzerer Dauer an. Hitler kündigte zwar vor seinem Machtantritt dem Bolschewismus den Tod an, was ihn nicht behinderte, am „Tage der deutschen Arbeit“, am 1. Mai, auf dem Tempelhoferfelde einen „Vierjahresplan“ anzukündigen, nachdem die deutsche Wirtschaft gesunden sollte. Es sind zwar nur ein paar Hausreparaturen, Strassenbauten und einige Handwerksarbeiten daraus geworden, womit man gerade das Gegenteil dessen erzielen kann, was man Arbeitsbeschaffung nennt. Neuerdings kreist durch die polnische Presse die Nachricht, dass sich auch Polen damit beschäftigt, einen Zehnjahresplan ins Leben zu rufen, um an die Liquidierung der Arbeitslosigkeit heranzutreten. Jeder Bürger, mag er in welchem Lager auch immer stehen, wird jeden Schritt begrüssen, der zur Arbeitsbeschaffung führt. Wir geben uns darüber keinerlei Illusionen hin, dass diese Zehnjahrespläne in keinem Zusammenhang mit den Plänen der Sowjetunion stehen, die ja noch mehrere Jahrzehnte an der Industrealisierung arbeiten kann, während es bei uns eben, infolge Ueberfluss an Industrie, zur Arbeitslosigkeit kam, weil der Export immer mehr zurückgeht und wir im Lande selbst nicht den Absatz für unsere Produkte finden können.

Aber das ist nur ein Teil der Pläne, die die polnische Regierung vor hat. Man weiss aus dem Ministerrat zu berichten, dass sich die Regierung mit weitgehenden Plänen zur Kontrolle der Wirtschaft beschäftigt, sie hat auch einen Anfang damit gemacht, indem sie beim Zementkartell durchgriff u. jetzt einer Finanztransaktion in der Interessengemeinschaft das Handwerk legen will. Wieweit diese Dinge die Wirtschaft und die Industrie treffen, ist ja noch nicht zu übersehen, aber jeder wird zugeben, dass es sich bei diesen Aktionen nur um Halbheiten handelt, solange die Regierung beim Schutz des Privateigentums bleibt. Neuordnung der Wirtschaft, das ist ein sehr weitgehender Wunsch, der nur dann einen Erfolg versprechen kann, wenn nicht nur eine Kontrolle über die Art der Produktion geführt, sondern auch die Höhe bestimmt wird und für den Absatz gesorgt werde. Und da scheint es, dass die kommenden Dekrete in dieser Richtung wieder der Privatinitiative freie Hand lassen, womit jede Planwirtschaft ihren Abschluss findet. Gewiss scheint es, als wenn man, bezüglich des Zehnjahresplanes, geneigt wäre, bei der Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose die ganze Aktion in die Hände des Staates, also der öffentlichen Wirtschaft, zu übernehmen, hierfür muss abgewartet werden, in welcher Richtung sich die Pläne bewegen.

Damit nicht genug, will aber auch die Regierung entscheidende Massnahmen, bezüglich der Arbeitsfragen, treffen, die sich in der Errichtung von Zwangsschlichtungsausschüssen bewegen, denen sich die Parteien unterwerfen müssen, gleichgültig, ob ihnen die Entscheidung genehm ist oder nicht. Man spricht hier klar aus, was durch die Schlichtungsausschüsse verhindert werden soll; jede Abwehrmöglichkeit der Arbeiterschaft durch einen Streik. Es sind ja schon von der Neuregelung des Gewerkschaftswesens manche Gerüchte in die Oeffentlichkeit gedrungen, ein Versuch der Verstaatlichung ist ja in der Federacja Pracy gemacht, die aber wenig befriedigt. Nunmehr scheint man durch die Zwangsschlichtungsausschüsse das gleiche Ziel erreichen zu wollen, das Streikrecht durch Neuordnung der Wirtschaft aufzuheben. Denn dass dieser Neuordnung auch eine Umgestaltung der Sozialgesetzgebung folgen wird, darüber täuscht man sich in unterrichteten Kreisen nicht. So nimmt der Zehnjahresplan ganz andere Formen an, als wie man sich in der Arbeiterklasse eine Neuordnung der Wirtschaft vorstellt. Sie wird in der Auswirkung nichts anderes sein, als eine Festigung des kapitalistischen Systems u. hat nichts mit jenen Jahresplänen zu tun, auf die auch die Arbeiterklasse Einfluss gewinnen kann.

4 Wochen Gefängnis für einen „Priester“

Das Administrationsgericht der Wojewodschaft hat den altkatholischen Priester Kostorz, wegen unberechtigter Führung des „Priestertitels“, zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Gegen Kostorz sind bereits einmal Strafen wegen unberechtigter Führung des „Priestertitels“ gefällt worden, die dann aber wieder im Verwaltungswege aufgehoben worden sind. Die Klage hat bekanntlich die Kurie angestrengt, die in Kostorz eine unlautere Konkurrenz sieht. Wir wollen nicht untersuchen, wer in der Auslegung der Bibel ein Vorrecht hat, denn es ist traurig genug, wenn um einen und denselben Gott vor Gericht ein Streit geführt werden muss. Interessant ist nur, dass Kostorz in einer Reihe von Ortschaften mit seiner Lehre einen grossen Zulauf hatte und dass gewisse Christen, wie in Ober-Lazisk, alles ans Werk setzten, um die Anfänge der Bewegung zu vernichten. Wie uns mitgeteilt wird, sind die Predigten der altkatholischen „Wahrheitskünder“ von tieferem sozialen Inhalt, als die Verkündigung des Wortes Gottes durch den römisch-katholischen Klerus, und da das Volk nun einmal nicht Schablone, sondern auch Kritik hören will, so haben die Altkatholiken eben Zulauf und man kann sich vorstellen, wie erbittert diese Konkurrenz bei der offiziellen Kirche wirkt. Nun, es ist einmal so, dass auch der Himmel eine umstrittene Sache für die christlichen Anhänger ist.

Massenturnus in der Friedenshütte

Je 900 Mann in vier Raten zu je 3 Monaten werden betroffen

Vor dem Demobilmachungskommissar standen wieder einmal Entlassungen von Arbeitern der Friedenshütte zur Verhandlung. Im Einvernehmen mit den Gewerkschaften, wurde dahin eine Vereinbarung getroffen, dass man von Entlassungen Abstand nimmt, hingegen auf einen sogenannten Revers die Arbeiter in Turnusurlaub geschickt werden, wobei ihnen Arbeitslosenunterstützung nicht zusteht, sie deshalb als zum Betrieb gehörig bezeichnet werden. Der Direktion ist die Möglichkeit gegeben in vier Raten je 900 Arbeiter auf je 3 Monate in Turnusurlaub zu schicken.

Was die Massnahme mit dem Revers hier zu sagen hat, wäre interessant, zu erfahren. Bekanntlich wird bei einigen Arbeitsämtern bei Wiedereinstellungen die Praxis geübt, dass die Turnusbeurlaubten, einfach nicht wieder in dem Betrieb Aufnahme finden, weil ihnen der sogenannte Arbeitsschein verweigert wird. Die Arbeitsämter berufen sich hierbei ausdrücklich auf einen „Okolnik" der Wojewodschaft, dass ein Turnusbeurlaubter als entlassen gilt. Wenn also, trotz der Versicherung des Demobilmachungskommissars und des Direktors Absalon der Friedenshütte, die Arbeitsämter doch die bisherige Praxis handhaben, dann gelten die Turnusurlauber der Friedenshütte doch als entlassen. Eine Klärung der Angelegenheit mit den Turnusurlaubern wäre also im Interesse der Arbeiterschaft sehr am Platze.

Die Auswanderung aus Polen

Das statistische Hauptamt in Warschau hat soeben Daten über die Aus- und Rückwanderungsbewegung in Polen veröffentlicht, aus denen hervorgeht, dass diese im Vergleich zu den Vorjahren auf ein Minimum zurückgegangen ist. Vom Januar bis Ende September l. J. sind aus Polen insgesamt nur 27.803 Personen ausgewandert, und zwar 15.441 Personen in europäische und 12.362 Personen in aussereuropäische Länder. An erster Stelle steht Frankreich, wohin sich 9164 Auswanderer begaben, sodann folgt Palästina mit 7338 Auswanderer. An letzter Stelle steht Argentinien mit 1329 und Brasilien mit 1114 Auswanderern. Die Auswanderung in die Vereinigten Staaten kam ganz zum Stillstand. Auch Deutschland hat seine Rolle als bevorzugtes Auswanderungsland für polnische Saisonarbeiter vollständig ausgespielt. Nach Deutschland wanderten nämlich in den ersten neun Monaten l. J. nur 471 Personen aus. Die Rückwanderung aus Deutschland umfasst in derselben Zeit 528 Personen. Auch heuer war eine starke Rückwanderung nach Polen zu verzeichnen. Aus Frankreich allein kehrten infolge der verschlechterten wirtschaftlichen Verhältnisse in Frankreich 7897 nach Polen zurück. Die Auswanderung aus Polen, die im Jahre 1929 mit 243.000 Personen ihren Kulminationspunkt erreicht hatte, ist heuer demnach auf 12 Prozent gesunken.

Aus Gross-Kattowitz

Bevölkerungsbewegung in Gross-Katowitz. — Von der Schul-Zahnklinik. Kriminelles aus Kattowitz

Am 1. November wurden in Gross-Kattowitz 128.748 Einwohner registriert. Die Geburtenziffer betrug 78 Knaben und 79 Mädchen. Es handelte sich um 157 Lebend- und 13 Totgeburten. Verstorben sind im verflossenen Berichtsmonat 117 Personen. Der grösste Prozentsatz entfiel auf Kinder im Alter bis zu einem Jahr und Greise über 70 Jahre. Neue Ehen wurden 145 geschlossen. Der eigentliche Zuwachs betrug 73 Personen. Hierbei handelt es sich um 17 Katholiken, 50 Juden und 6 Personen anderer Konfessionen. Nach Kattowitz zugezogen sind 747 Personen, während 720 Einwohner nach anderen Ortschaften, bezw. nach dem Ausland verzogen sind.

Nach einer Mitteilung des Gesundheitsamtes wurde die städtische Schul-Zahnklinik in Kattowitz im Monat Oktober von 240 Knaben und 383 Mädchen in Anspruch genommen. Es wurden in 485 Fällen Zähne gezogen, in 162 Fällen Plomben eingesetzt und in 78 Fällen Zahnwurzeln behandelt. Die zahnärztlichen Behandlungen nahmen 75 Tage oder 160 Stunden in Anspruch.

Im verflossenen Monat wurden innerhalb der Grosstadt Kattowitz 208 männliche und 25 weibliche Personen arretiert. Die Verhaftungen erfolgten wegen Hochverrat, Sittlichkeitsvergehen, Einbruch, Spionage, Schmuggel, Bettelei bezw. Landstreicherei, Betrug, Veruntreuung, schwere Körperverletzung u. Taschendiebstahl. Bei der Polizei wurden 2.059 kriminelle Fälle gemeldet, von denen bisher 221 Vergehen nicht aufgeklärt werden konnten.

Beim städtischen Arbeitsvermittelungsamt befinden sich mehrere Aushangstafeln, auf welchen in bestimmten Zeitabständen freie Arbeitsstellen veröffentlicht werden. Interessenten können sich dann in solchen Fällen bei der Arbeitsannahmestelle melden. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass Arbeitslose, bezw. deren Familienangehörigen, welche ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, sich unverzüglich beim Abteilungsleiter zu melden haben.

Deutsche Theatergemeinde. Heute, den 13. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im hiesigen Stadttheater das grosse Konzert-Franz Liszt's: „Dante Symphonie" für grosses Orchester und Frauenchor statt. Es wirken 350 Personen mit. Die Leitung hat Professor Fritz Lubrich.

Freitag, den 17. d. Mts., abends 8 Uhr, gelangt im hiesigen Stadttheater im Abonnement B zum ersten Mal die bekannte Operette „Aennchen von Tharau" von Brunno Hardt - Warden, Fritz Gerord und Hans Spirk zur Aufführung.

Trotz der enormen Spesen, scheut der Vorstand keine Mittel, um den Interessenten stets einen abwechslungsreichen Abend zu bieten. Daher unterstützt durch regen Besuch die Deutsche Theatergemeinde! Ab heute können an der Theaterkasse für diesen Operetten-Abend schon Eintrittskarten bestellt werden. Telefon 1647.

Es wird besonders aufmerksam gemacht, dass bei Abonnent B-Aufführungen, die Abonnenten - A das Vorkaufsrecht für ihre Plätze haben. Da das Abonnement B nicht so stark wie A ist, sind auch immer noch genügend Plätze zum freien Verkauf vorhanden.

Königshütte und Umgebung

Mord nach 5 Jahren gesühnt

Vor der erweiterten Strafkammer in Königshütte wurde im Wiederaufnahmeverfahren ein Mord verhandelt, der vor fünf Jahren geschehen ist. Angeklagt war der Produktenhändler Johann Cwelich aus Königshütte, ulica Podgorna, der seine Wirtschafterin Konstantine Baingof ermordet haben soll und sie nachher, um die Spuren zu verwischen, in den Keller geschleppt hat. C., der von seiner Familie getrennt lebt, nahm die B. als Wirtschafterin auf, nachdem sie vorher ein Häuschen erworben hat. Im Laufe der Zeit kam es zu verschiedenen Missverständnissen, wobei sich die B. mit dem Gedanken trug, das Haus zu verkaufen. Der Angeklagte C. sah sich anscheinend dadurch geschädigt und beschloss die Frau zu ermorden. Am 5. März 1928 fasste er hierzu den Entschluss und tötete sie durch mehrere Schläge auf den Kopf. Um einen Mord anderer Personen vorzutäuschen, schleppte er sein Opfer in den Keller und tat so, als wenn nichts passiert wäre. Um die Blutspuren zu beseitigen, verbrannte er einen Mantel der ermordeten Frau. Trotzdem sich seinerzeit der Verdacht auf den C. zuspitzte, reichten die Beweise nicht aus, um ihn zu überführen. Auf Grund dessen hatte damals der Untersuchungsrichter das Verfahren eingestellt.

Die Staatsanwaltschaft hatte inzwischen neue Belastungsmomente gefunden und einen neuen Prozess ausgesetzt. In der zweiten Verhandlung gab C. nicht zu, die Tat begangen zu haben. Er gab an, mit seiner Wirtschafterin im besten Einvernehmen gelebt zu haben und dass er sie nicht ermordet hat. Nach der stundenlangen Zeugenvernehmung gab der Gerichtspräsident Kleski um 20 Uhr das Urteil bekannt, wonach der Angeklagte zu **5 Jahren** Gefängnis verurteilt wurde. Sofortige Verhaftung erfolgte.

Zwei weitere Wohnbaracken fertiggestellt. Die, vor einigen Wochen von der Firma Czech in Königshütte aufgenommenen, Bauarbeiten sind dieser Tage fertiggestellt worden. Die inneren Putzarbeiten werden in einigen Tagen beendet sein, so dass der Bezug der 32 Einzelzimmern noch vor dem Ende dieses Monats wird erfolgen können.

Auszahlung von Unterstüzungen. Alle männlichen Arbeitslosen, die Unterstützung aus der staatlichen Aktion beziehen, sowie die weiblichen Erwerbslosen, die aus der „Akcja Wojewodzka" unterstützt werden, haben sich zur Empfangnahme der Unterstützungen nach folgendem Plan zu melden: Dienstag, den 14. November mit den Anfangsbuchstaben A-J, Mittwoch, den 15. November von K-P., Donnerstag, den 16. November von R-Z. Bei der Empfangnahme sind den auszahlenden Beamten die Arbeitslosenkarten vorzulegen.

Schlesiengrube-Lipine. Aus der Partei. In der letzten Versammlung beider Ortsgruppen, wurde dem Gedanken des Volkstums besondere Aufmerksamkeit geschenkt. An einer Reihe von Ereignissen wies Genosse Kowoll nach, wie irrtümlich es sei, nationale Fragen lediglich vom Standpunkt der Sprache und des Volkstums lösen zu wollen. Was die meisten Menschen übersehen, ist die Tatsache, dass nicht irgendwelche Gefühle und Wünsche in der Politik entscheiden, sondern ausgesprochene Wirtschaftsfaktoren. In dem Augenblick, wo die Krise sich verschärft, wird jeder Staat in erster Linie auf die Unterbringung seiner Volksgenossen bedacht sein und die sogenannten Fremdkörper oder nationalen Minderheiten werden dem Schicksal preisgegeben, im Gegenteil, man will durch eine Politik der Nadelstiche dafür Sorge tragen, dass man sie aus dem Lande verdrängt. Redner wies auf eine Reihe von Ereignissen hin, die da zeigen, wie Märtyrer geschaffen werden, die sich im Lande selbst unmöglich machen, denen nur das Auswandern noch offen bleibt und dadurch eben das Volkstum oft wertvolle Kräfte verliert. Ohne wirtschaftliche Fundierung gibt es keine nationale Befreiung und deshalb die sozialistische Zusammenarbeit, die den Feind der Arbeiterklasse nicht in nationalen Gegensätzen sieht, sondern in der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die es allein zu beseitigen gilt und durch planwirtschaftliche Politik jeden, ohne Unterschied der nationalen und kulturellen Bedürfnisse, die Arbeitsstätte sichert. In der lebhaft einsetzenden Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten unterstrichen und der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass es der deutschen Arbeiterschaft recht bald gelingen möge, die Hitlerknechtschaft zu stürzen, denn nur durch den Wiederaufstieg der deutschen Arbeiterklasse ist sozialistischer Aufbau in Europa möglich. Nach mehrstündiger Dauer wurde die Versammlung mit Freundschaftsgrüssen geschlossen.

Siemianowitz und Umgebung

Die Kartoffelanfuhr für die Arbeitslosen ist ins Stocken geraten. Der Winter steht vor der Tür und die Arbeitslosen haben zum grossen Teil ihre Freikartoffeln noch nicht im Keller. Wie verlautet, ist noch nicht die Hälfte des Quantums zur Verteilung gelangt. In der vergangenen Woche kam kein Waggon an. Hoffentlich kümmert sich der Magistrat, dass die Arbeitslosen noch vor Eintritt des Frostes ihre Kartoffeln erhalten.

Warum zahlt die Laurahütte die Unterstützung für die Invaliden nicht. Es ist fast der halbe Monat verstrichen, und die Invaliden und Witwen der Laurahütte warten bis jetzt auf die Auszahlung der an und für sich schon recht bescheidenen Unterstützung. In früheren Monaten fand die Zahlung immer nach jedem Monatsersten statt. Die armen Invaliden, welche ein ganzes Leben lang für die Gesellschaft geschuftet haben, und zum Dank dafür zu ihren Lebensabend nur auf die wenigen Złoty angewiesen sind, wird auch dieses Wenige vorenthalten. Hier muss doch eine gewisse Vernunft bei den Leitern der Gesellschaft Platz greifen. Ein Geldmangel kann doch bei den minimalen Ausgaben nicht die Ursache sein, denn für andere Zwecke werden immer noch horrende Summen nutzlos verpulvert. Man kann daher mit Recht fordern, dass die Unternehmer ihre Invaliden nicht verhungern lassen.

Aus der Arbeitslosenküche. Dass der Magistrat sparen muss, um die vielen Arbeitslosen zu unterstützen, das wissen wir und es ist verständlich, wenn man die für die Arbeitslosenküche bestimmten Lebensmitteln dort einkauft, wo sie am billigsten sind. Darum sollte trotzdem auf einwandfreie Ware wert gelegt werden. Denn die Gesundheit der vielen unterernährten Menschen ist immerhin auch ein Kapitel für die Stadt. Wird ein Arbeitsloser krank, dann muss die Stadt für die Heilkosten aufkommen. Nun beschweren sich Arbeitslose, dass das Mittagessen manchmal nicht einwandfrei ist. Namentlich am vergangenen Montag sollte dazu ranziges Fett oder Pflanzensaft verwendet worden sein. Vielleicht sieht dort die Küchenkommission wieder einmal nach dem Rechten.

VERSAMMLUNGS-KALENDER

Arbeitslosenversammlung der Freien Gewerkschaften Königshütte.

Am Mittwoch, d. 15. d. M. um 7,30 Uhr abends steigt ein Vortrag im grossen Saale des Volkshauses, ul. 3. Maja 6, zu welchem alle Mitglieder des Bundes für Arbeiterbildung, freie Gewerkschaften und DSAP. eingeladen sind. Als Referent erscheint Sejmabg. Gen. **Glücksmann** aus Bielitz.

Mitgliedsausweise sind mitzubringen.

Lipine. Am Mittwoch, d. 15. d. M. um 5 Uhr nachm. findet im Lokal des Herrn Mahon, ul. Kolejowa, ein Vortrag statt, zu welchem alle Mitglieder des Bundes für Arbeiterbildung, freie Gewerkschaften und DSAP. eingeladen sind.

Ref. Dr. Glücksmann.

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen, Bezirk Oberschlesien, Katowice, Dworcowa 11. — Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa, beide in Katowice, Dworcowa 11
Druck: „Drukarnia Ludowa", Spółdz. z odd. udz., Katowice